

**EDITORIAL**



**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

vor einem Jahrzehnt erreichte die Ökonomisierung der Gesellschaft auch die Bildung: Studiengebühren wurden eingeführt, die Zeit zum Abitur verkürzt. Nicht berücksichtigt wurden die Belange der Kinder und Familien: Der Druck auf die Schülerinnen und Schüler wurde weiter erhöht, Familien gemeinsame Zeit genommen – insbesondere durch den tagtäglichen Stress in der Schule. Haben wir unseren Kindern Zeit für Experimente, Irr- und Umwege gelassen? Nein. Aber alle Warnungen fanden bei der alten CDU/FDP-Landesregierung kein Gehör.

Der nun eingeleitete Systemwechsel zu G9 zeigt eine klare Richtung zum Wohle der Schülerinnen und Schüler. Jetzt geht es an die Umsetzung und hier geht Sorgfalt vor Hektik. Ein bloßes Zurück zu G9 kann und darf es nicht geben. Eine Entschleunigung des Weges zum Abitur muss Änderungen in den Lehrplänen und beim Lernrhythmus mit sich bringen. Unsere Zukunftsoffensive Bildung mit ihrer starken Betonung des Ganztagsgedankens ist hierbei ein wichtiger Schritt.

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, das ist unsere Richtschnur und hierfür ist die Zukunftsoffensive Bildung ein wichtiger Baustein, der Systemwechsel zu G9 der nächste Schritt!

Eure

Johanne Modder  
Vorsitzende der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## ABKEHR VOM TURBO-ABI: GUTER BILDUNG MEHR ZEIT GEBEN

**I**n Niedersachsen stehen die Zeichen auf Systemwechsel in der Schulpolitik. »Die Tür zu G9 steht offen«, betont die zuständige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Doch eine einfache Rückkehr zum G9 der neunziger Jahre wird es nicht geben.

Im Jahr 2004 wurde die Verkürzung der Schulzeit für Abiturientinnen und Abiturienten an Gymnasien von neun auf acht Schuljahre eingeführt. Die damalige überhastete Einführung des Turbo-Abiturs brachte negative Folgen für Lehrer und Eltern sowie für Schülerinnen und Schüler mit sich.

### Dialogforum und Expertenkommission

Um die Auswirkungen des sogenannten Turbo-Abiturs zu diskutieren hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im vergangenen Juni das Dialogforum mit dem Titel »Gymnasien gemeinsam stärken« initiiert. In diesem ergebnisoffenen Prozess wurden von Anfang an alle wichtigen Akteure aus dem niedersächsischen Bildungsbereich einbezogen.

Aus dem Dialogforum ging eine Expertenrunde mit dem Auftrag hervor, verschiedene Entlastungsmöglichkeiten für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zu diskutieren und mögliche Auswirkungen von Veränderungen darzulegen. Der Abschlussbericht der Expertenkommission wird Ende März erwartet. Das Ergebnis des Dialoges wird die konkrete Ausgestaltung der Änderungen im Schulgesetz deutlich beeinflussen.

### »Weg von G8 mit Dauerstress, hin zu G9«

Es zeichnet sich bereits jetzt ein klarer Trend zu einer Abkehr von G8 an Gymnasien ab. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt kündigte einen Systemwechsel hin zu G9 an. Diese Ankündigung von Heiligenstadt wird vom Philologenverband als große Interessenvertretung der Gymnasiallehrer begrüßt. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht diesen Schritt der Landesre-



gierung positiv. Lange Zeit hatte die GEW auf »gestresste und überforderte Schüler, Eltern und Lehrer durch das Turbo-Abitur« hingewiesen.

Bevor es um die konkrete Umsetzung der Verlängerung der Schulzeit auf 13 Schuljahre für das Abitur an Gymnasien geht, soll aber zunächst der Abschlussbericht der Expertenrunde abgewartet werden. »Es geht nicht um puren Aktionismus, sondern um Nachhaltigkeit und gute Entscheidungen für die Kinder«, machte Heiligenstadt in ihrer Rede am 26. Februar 2014 vor dem niedersächsischen Landtag deutlich. Forderungen nach einem schnellen Wechsel hin zu G9 wies auch Fraktionsvorsitzende Johanne Modder zurück: »Bei dem wichtigen Bereich der Bildungspolitik gilt das Prinzip Sorgfalt vor Hektik. Bei dem Systemwechsel zu G9 darf es kein bloßes Zurück geben. Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden.« Modder stellte klar, dass Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben sei und die Zukunftsoffensive Bildung hierfür einen wichtigen Baustein liefere. ■

**Zeit für Persönlichkeits-  
entfaltung und stressfreies  
Lernen.**

Foto: Shutterstock

»  
**Kein Hauruck-  
verfahren wie bei  
der Einführung  
von G8 unter  
Schwarz-Gelb.** «

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende

## DIE INKLUSIVE SCHULE

Inklusion bedeutet eine umfassende und uneingeschränkte Teilhabe jedes Einzelnen am gesellschaftlichen Leben. Diese Teilhabe umfasst insbesondere die Bildung und bedeutet für die allgemeinbildende Schule die Anpassung der Schule an das Kind.

Niedersachsen muss und will – wie andere Bundesländer auch – die Behindertenrechts-Konvention der Vereinten Nationen umsetzen. Dort wird die Inklusion als gleichberechtigte Teilhabe an den allgemeinen Menschenrechten und Grundfreiheiten für Menschen mit Behinderung definiert. Die inklusive Schule ermöglicht Schü-

lerinnen und Schülern einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang. Aus 20- bis 30-jähriger Forschung ist bekannt, was Inklusion bringt: Die Vorteile für die Kinder sind sowohl fachlicher als auch sozialer Natur. Kinder lernen im gemeinsamen Unterricht fachlich mindestens genauso viel wie in getrennten Klassen. Auch sozial profitieren die Schülerinnen und Schüler, denn es ist ein deutlicher Zugewinn an Kompetenz im Umgang miteinander erkennbar. Denn wenn man Kindern, die anders sind als man selbst, nicht begegnet, kann man das nicht lernen.

Seit dem 1.8.2013 können die Eltern wählen, ob sie ihr Kind mit besonderem Förderbedarf auf eine Förder- oder eine allgemeinbildende Schule schicken. Insgesamt haben sich im ersten Jahr auf Anhieb rund 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf für den Besuch einer allgemeinen Schule entschieden. Diese Quote verdeutlicht den beginnenden Erfolg der Inklusion. Andererseits ist die Zahl der inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler auf die

einzelne Kommune oder gar Schule so gering, dass kaum eine Schule derzeit eventuell bestehende Anlaufschwierigkeiten nicht in den Griff bekommen

sollte. Für die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion an Schulen sieht die Landesregierung mit rund 1.600 Stellen erhebliche Mittel vor. ■



»Wie bleiben Wohnungen auf den niedersächsischen Inseln bezahlbar?«, »Was kann die Politik tun?«, »Welche Chancen und Herausforderungen bietet der Tourismus?« Diese Fragen standen auf der Tagesordnung der »Inselkonferenz«, zu der der SPD-Abgeordnete Holger Heymann am Mittwoch, 5. Februar 2014 nach Hannover einlud. Zum Gespräch kamen die Bürgermeister von sieben Inseln, die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sabine Tippelt sowie Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, Sozialministerin Cornelia Rundt, Innenminister Boris Pistorius und Wirtschaftsminister Olaf Lies.

■ Foto: Sören Mandel

### Impressum

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Nds. Landtag  
**Verantwortlich:** Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Philipp Averdick, Sarah Dröge, Frank Jungbluth, Sören Mandel, Nelly Schmitt, Thilo Scholz, Sven Björn Wieduwilt

**Bildnachweis:** SPD-Fraktion, Sören Mandel, Shutterstock

**Redaktionsschluss:** 27. Februar 2014

**Redaktion:** Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de

**Anschrift:** Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover  
www.spd-fraktion-niedersachsen.de

**Layout & Satz:** Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de